

Tagungsbericht

Lehren aus den Krisen: Benötigen Deutschland und Europa ein neues Geschäftsmodell?

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft
am 9. Mai 2023 in Berlin



Inhaltsverzeichnis

3 Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

4 Die wirtschafts- und energiepolitische Strategie der Bundesregierung in Zeiten wachsender Unsicherheit

Dr. Robert Habeck MdB
Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Moderation der Veranstaltung

Dr. Inga Michler

6 Podiumsdiskussion: Wie erreichen wir mehr Krisenresilienz und internationale Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Europa?

Dr. Leonhard Birnbaum
Vorstandsvorsitzender E.ON SE

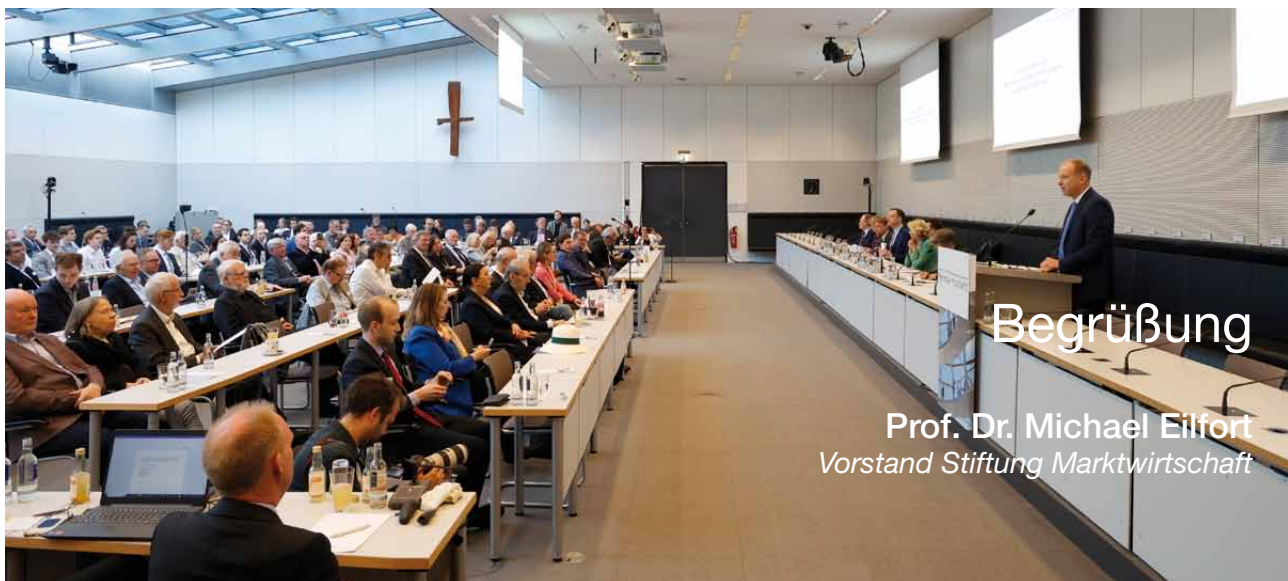
Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld
*Direktor des Walter Eucken Instituts,
Sprecher des Kronberger Kreises*

Dr. Elga Bartsch
*Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik,
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz*

Lennard Oehl MdB
*Ordentliches Mitglied im Finanzausschuss,
SPD-Bundestagsfraktion*

Jens Spahn MdB
*Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion, Bereiche Wirtschaft, Klima, Energie,
Mittelstand und Tourismus*





Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

3

In seiner Begrüßung vor mehr als 200 Tagungsteilnehmern erinnert Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, zunächst an den Europatag, der alljährlich am 9. Mai für Frieden und Freiheit in Europa begangen wird. Die Stiftung Marktwirtschaft werbe seit Jahren für ein Europa der Vielfalt, der Subsidiarität und des Wettbewerbs. Beim europäischen Integrationsprozess sei es grundsätzlich wichtig, die positiven Anreizwirkungen fiskalischer Eigenverantwortung nicht zu vernachlässigen und vor allem dann gemeinschaftlich zu handeln, wenn internationale Koordination erforderlich sei und daraus ein europäischer Mehrwert entstünde.

„Corona hat uns alle getroffen in Europa. Der Krieg in der Ukraine berührt uns alle“, konstatiert Eilfort mit Blick auf das Tagungsthema. Die Krisen hätten jedoch nicht nur neue Herausforderungen mit sich gebracht, sondern vorhandene Probleme offengelegt. Insbesondere in Deutschland seien viele Probleme hausgemacht und strukturell angelegt. Die Produktivität der deutschen Wirtschaft habe schon vor Beginn der Corona-Pandemie stark an Fahrt eingebüßt. Aktuelle Konjunkturprognosen würden nun erneut für Deutschland ein schrumpfendes Wirtschaftswachstum prognostizieren.

Eilfort bemängelt, dass es seit der Unternehmensteuerreform des Jahres 2008 in Deutschland keine „nach vorn“ gerichtete Strukturreform zur Erhöhung der Standortattraktivität gegeben habe. Vor allem die beiden vorangegangenen Regierungskoalitionen hätten eher an das Verteilen von Wahlgeschenken und gut gemeinte Mehrausgaben gedacht als an eine Verbesserung der Rahmenbedingungen. Seit dem Jahr 2014 habe sich Deutschland in vielen wissenschaftlichen Rankings verschlechtert, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität verschiedener Länder untersuchten. „Lohnstückkosten im schon teuren Europa auf sehr hohem Niveau, weltweit mit die höchsten Energiekosten und Steuerbelastungen, eine Steuerquote auf Rekordniveau und dazu ein unablässiger Bürokratieaufbau, der das Land lähmt“, zählt Eilfort einige der kritischsten Faktoren auf.

Die vorteilhaften fiskalischen Voraussetzungen der 2010er Jahre – hohe Steuermehreinnahmen und geringe Refinanzierungsausgaben – seien zu wenig dazu genutzt worden, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, Ausgaben zu überprüfen oder private Investitionen anzuregen. „Mehrere hundert Milliarden Euro sind zu einem Großteil in die Sozialsysteme geflossen. Derzeit kommt keine Sozialversicherung ohne Steuerzuschuss aus. Strukturell sieht es wirklich düster aus“, mahnt Eilfort und verweist darauf, dass die Belastungen durch den demografischen Wandel in den kommenden Jahren weiter zunehmen würden.

Die skizzierten Herausforderungen fielen in eine schwierige Zeit, in der sich geopolitische Rahmenbedingungen veränderten, Europa im Wettbewerb mit den USA und China den Anschluss zu verlieren drohe und eine rasche ökologische Transformation der Wirtschaft angestrebt werde. Hinzu kämen Abwanderungen von gut qualifizierten Arbeitskräften, internationale Produktionsverlagerungen global agierender Unternehmen, Resignation aufseiten vieler Familienunternehmen sowie eine kaum gesteuerte Zuwanderung von Menschen, die zu selten den direkten Weg in den Arbeitsmarkt fänden.

Darum drängten sich laut Eilfort die grundlegenden Fragen geradezu auf, die bei dieser Tagung im Mittelpunkt stünden: Wie verbinden wir Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt mit ökologischer und fiskalischer Nachhaltigkeit? Wie wecken wir in unserem alternden, saturierten und etwas bequem gewordenen, auf Besitzstandswahrung fixierten Land neue Kräfte, neue Dynamik und wie gewinnen wir neue Köpfe? Was soll der Staat bei alledem leisten und wovon sollte er besser die Finger lassen? Er freue sich diesbezüglich sehr auf die Rede und den Austausch mit Vizekanzler und Bundesminister Dr. Robert Habeck sowie auf die anschließende Podiumsdiskussion mit prominenten Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zur Klärung der Frage, wie in Deutschland und Europa Krisenresilienz und internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden könnten.

Die wirtschafts- und energiepolitische Strategie der Bundesregierung in Zeiten wachsender Unsicherheit

Dr. Robert Habeck MdB

Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz



In seiner Rede bedankt sich Dr. Robert Habeck MdB, Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, herzlich für die Einladung und die Gelegenheit, die wirtschaftspolitischen Linien der Bundesregierung und seines Hauses zu skizzieren sowie einige Fragen dazu zu beantworten. Die zentrale Tagungsfrage „Benötigen Deutschland und Europa ein neues Geschäftsmodell?“ würde er vorab mit einem klaren „Ja“ beantworten.

„Finanzkrise, Eurokrise, Coronakrise, dann die Energiekrise des letzten Jahres und nicht zu vergessen die sogenannte Klimakrise – Krisen sind in den vergangenen Jahren zum ‚neuen Normal‘ geworden“, erläutert Habeck. Von den in vielen Punkten berechtigt düsteren Bildern, die Professor Eilfort gezeichnet habe, müsse er jedoch ein wenig abweichen. Insgesamt seien Europa und die deutsche Volkswirtschaft gut durch die Krisen gekommen, auch wenn manche Unternehmen, Haushalte und Menschen stark betroffen gewesen seien. Man habe sich als Volkswirtschaft aber immer wieder neu aufrappeln, staatliche Gelder mobilisieren und gesellschaftlichen Konsens schaffen können, um so die in einzelnen Prognosen befürchteten massiven Wirtschaftseinbrüche zu verhindern. Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft – also das Geschäftsmodell Deutschlands – habe sich grundsätzlich als sehr robust und resilient erwiesen.

In einer Zeit großer technischer, globaler und ökonomischer Dynamik dürfe es jedoch nicht darum gehen, immer nur auf Zuruf in der Krise zu reagieren. Krisen sollten als Lernorte verstanden werden, um strukturelle Erneuerungen herbeizuführen. Die kommenden Jahre seien von erheblichen Herausforderungen gekennzeichnet, die es erforderlich machten, dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft neue Elemente hinzuzufügen. Zentral sei eine zeitgemäße Interpretation angebotspolitischen Denkens im Sinne einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. „Um es in einem Satz zu sagen: Wohlstand erneuern, bedeutet Klimaneutralität für die Wirtschaft umzusetzen. Der Wettlauf hat längst begon-

nen und wenn wir nicht entschieden handeln, werden wir rein ökonomisch auf diesem Feld verlieren“, mahnt Habeck.

Die gegenwärtigen Herausforderungen seien komplex und führten mitunter zu widersprüchlichen Herangehensweisen. Aus ökonomischer Sicht stelle die immer noch viel zu hohe Inflation eines der derzeitigen Hauptprobleme dar. Die allmähliche Abflachung der Inflation würde zwar dafür sprechen, dass die geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) wirkten. Die gestiegenen Zinsen führten zu einer Nachfrageverknappung und Investitionszurückhaltung. Die EZB müsse diese Entwicklung gewissermaßen in Kauf nehmen, um die Inflation zu bremsen. Allerdings könne sich Deutschland eine Abkühlung der Märkte und aufgeschobene Investitionen gerade im Kontext der Transformation nicht leisten. Die Dekarbonisierung der Wirtschaft, der demografische Wandel und die Digitalisierung erforderten enorme Investitionen, der Fachkräftemangel insbesondere auch politisches Handeln. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Inflation Reduction Acts der USA, der ein großes Investitionsprogramm in erneuerbare Energien und Technologien darstelle und den man zumindest als Wettbewerbsansporn zur Kenntnis nehmen müsse, könne man sich den Luxus des Vertrödelns nicht mehr leisten. „Wir müssen eine paradox anmutende Aufgabe bewerkstelligen: die Inflation herunterbringen und trotzdem dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas erhalten bleibt und wieder vorangebracht wird. Das Abwarten, Aussetzen und Hoffen auf bessere Zeiten, das politische Nicht-Agieren würden definitiv dazu führen, dass der Standort Deutschland wettbewerbsunfähig wird“, konstatiert Habeck.

In dieser Situation des extremen Wandels könne eine klassische Nachfragepolitik erkennbar nicht weiterhelfen, da unspezifische nachfrageseitige Impulse die Inflation zusätzlich anheizen würden. Stattdessen sei es Zeit für eine „transformative Angebotspolitik“. Damit sei aber nicht das Mindset der angebotspolitischen Konzepte der späten 1970er und

frühen 1980er Jahre gemeint, die vor allem mit Deregulierung und Steuersenkungen versuchten, die Probleme zu lösen. Vielmehr müsse es darum gehen, Märkte neu zu schaffen und neu zu strukturieren, sie transformativ auszurichten und Teilhabemöglichkeiten zu schaffen. Man müsse sich die Mühe der Differenzierung zumuten, um sich auf die richtigen Elemente zu fokussieren.

Dies könne im Konkreten wie folgt aussehen: Erstens müssten Wettbewerbsregeln immer wieder kontrolliert und im Zweifelsfall nachgeschärft werden. Die Bundesregierung habe gerade den Entwurf für die 11. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verabschiedet. Die GWB-Novelle stelle eine wegweisende Weiterentwicklung des Kartellrechts dar und versetze das Bundeskartellamt in die Lage, in denjenigen Wirtschaftsbereichen für mehr Wettbewerb zu sorgen, wo dieser nicht ausreichend funktioniere. Insbesondere auf digitalen Märkten würden die regulatorischen Maßnahmen häufig mit den technologischen Entwicklungen nicht Schritt halten. Wettbewerbshüter bräuchten daher entsprechende Möglichkeiten, einen fairen Wettbewerb sicherzustellen und Märkte zu öffnen.

Zweitens gehe es bei der transformativen Angebotspolitik darum, Märkte nachhaltig zu erschließen. Wichtig sei, Handelspolitik wieder mit Engagement voranzubringen. Zum einen müssten Handelsbeziehungen und Lieferketten diversifiziert werden, gerade bei Rohstoffen. Zum anderen müsse die Nachhaltigkeit in all ihren Facetten in das Zentrum der Handelspolitik gestellt werden, um soziale und ökologische Aspekte einzubeziehen. Man dürfe nicht nur Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse senken und anschließend Reparaturbetrieb bei der Nachhaltigkeit leisten, sondern müsse sich gleich auf faire Handelsbedingungen konzentrieren.

Drittens sei der Europäische Binnenmarkt dahingehend weiterzuentwickeln, dass auf allen Ebenen ein einheitliches Level-Playing-Field gewährleistet werde. Es dürfe etwa nicht, wie im Fall des Einstiegs des chinesischen Konzerns Cosco in europäische Häfen, die Investitionskontrolle in Europa un-

terschiedlich gehandhabt werden, wodurch bestimmte Regionen einen Wettbewerbsnachteil erlangen könnten.

Viertens müssten dringend Prozesse beschleunigt und Bürokratie abgebaut werden. Es sei unmöglich, mit der Bürokratie der letzten Jahrzehnte die Geschwindigkeit aufzubauen, die für die Transformation der Wirtschaft notwendig sei. Wer Bürokratieabbau sage, fordere im Grunde ein höheres Entscheidungsrisiko. Man müsse daher bereit sein, auch nur 90 Prozent Richtigkeit zuzulassen und dafür die Verantwortung zu tragen; gleichzeitig müsse die Öffentlichkeit toleranter gegenüber solchen Entscheidungsfindungen werden.

Fünftens müsse die öffentliche Infrastruktur ausgebaut und modernisiert werden. Dies schließe die digitale Infrastruktur mit ein, wobei damit nicht nur mehr Glasfaseranschlüsse gemeint seien, sondern auch die Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI). Deutschland müsse bei der Entwicklung von KI weiterhin vorn dabei sein. Bei KI gehe es um eine Infrastruktur, die über Teilhabezugänge und Regulierung entscheide. Daher müsse man bei der Entwicklung und Einsetzung von KI auch moralisch relevante Fragen berücksichtigen.

Die in Auszügen skizzierte transformative Angebotspolitik erfordere auch finanzielle Ressourcen, wobei Subventionen in einer Marktwirtschaft immer das letzte Mittel seien. Allerdings dürfe man aus Gründen der Sicherheit und Souveränität keine naive Wirtschaftspolitik betreiben, die Gefahr laufe, wichtige Schlüsselindustrien zu verlieren. Dementsprechend sei es erforderlich, für die Transformation der Wirtschaft auch befristete Zuschüsse zu gewähren. Man müsse bereit sein, finanzielle Brücken zu bauen, beispielsweise in Form eines Industriestrompreises. Es gehe nicht darum, 100 Prozent von allem in Europa zu produzieren. „Aber kritische Komponenten in Teilen hier zu haben, um die Nachhaltigkeit der Lieferketten zu gewährleisten und im globalen Wettbewerb zu bestehen, das scheint mir dringend geboten. Wir haben viel zu tun, die nächste Krise kommt bestimmt. Lassen Sie uns daran arbeiten, dass die Soziale Marktwirtschaft zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft wird“, appelliert Habeck.



6

Podiumsdiskussion:
Wie erreichen wir mehr Krisenresilienz
und internationale Wettbewerbsfähigkeit
in Deutschland und Europa?





Dr. Leonhard Birnbaum
Vorstandsvorsitzender E.ON SE

„Wir haben derzeit immer noch eine Verdoppelung der Energiepreise in Europa und es ist für mich nicht absehbar, dass diese in den kommenden zwei bis drei Jahren wieder auf das Vorkrisenniveau zurückfallen werden“, gibt Dr. Leonhard Birnbaum zu bedenken. Oftmals werde ein Vergleich mit den Energiepreisen von Januar 2022 gezogen und bereits Entwarnung gegeben. Ein solcher Vergleich sei aber irreführend, da die Strom- und Gaspreise bereits im dritten Quartal 2021 zu steigen begannen. Die auch im internationalen Vergleich hohen Energiepreise hätten zur Folge, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie abnehme. „Wir verlieren gegenüber den USA und Asien weiter an Boden“, mahnt der Vorstandsvorsitzende von E.ON SE. Überspitzt formuliert gebe es seit Beginn des Ukraine-Krieges eigentlich nur noch zwei Arten von Unternehmen: diejenigen, die vor der Krise langfristige Energieverträge abgeschlossen haben und die anderen. Erstere könnten noch einigermaßen gut wirtschaften und Gewinne einfahren, die anderen nicht.

Das vergangene Jahr habe verdeutlicht, dass Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie nicht als Selbstverständlichkeit erachtet werden dürften. Vor diesem Hintergrund seien die staatlichen Interventionen unvermeidlich gewesen. Den Vorschlag des Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministers, für bestimmte Industrieunternehmen einen staatlich subventionierten Strompreis einzuführen, sehe er dennoch skeptisch. Zum einen befürchte er durch die Einführung eines Industriestrompreises dauerhafte Subventionstatbestände. Aus diesem Grund müsse im Vorhinein eindeutig und glaubhaft geregelt sein, wie und wann die Subvention wieder enden werde. Zum anderen dürfe man die überarbeiteten Beihilferegeln der EU nicht unterschätzen. Diese hätten der Bundesregierung bei ihren Plänen, bei den bestehenden Strom- und Gaspreisbremsen eine Verlängerung des Förderzeitraums, eine Erhöhung der Beihilfeobergrenzen sowie eine Streichung des Kriteriums Gewinnrückgang zu erreichen, bereits einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Entscheidender sei es, das Energieangebot zu erhöhen und die Energieinfrastruktur auszubauen. Der reine Zubau von erneuerbaren Energien bringe nichts, wenn das Netz nicht mitwachse und nicht digital gesteuert werden könne. „Wir haben bei E.ON entschieden, unser Investitionsprogramm bis zum Jahr 2027 auf 33 Milliarden Euro auszuweiten. Wir investieren insbesondere in die Netze. Allerdings erwarten wir von der Politik, dass dafür die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden“, betont Birnbaum. Mittlerweile stelle eine überbordende Bürokratie das größte Hindernis für Investitionen dar. Insbesondere der Netzausbau stoße in der Verwaltung schnell an Grenzen. „Um nur ein Beispiel zu geben: Für den Ausbau der Hochspannungsleitungen benötigen wir bis zum Jahr 2030 schätzungsweise rund 600 Planfeststellungen in Ostdeutschland. In den vergangenen fünf Jahren haben wir allerdings keine einzige Planfeststellung bekommen – und es lag nicht daran, dass wir keine beantragt haben.“ Die viel beworbene Deutschlandgeschwindigkeit sei bei der Planfeststellung und in anderen Bereichen nicht angekommen. Für einen Erfolg der Energiewende sei eine deutliche Beschleunigung und Verschlanung der Planungs- und Genehmigungsverfahren aber dringend erforderlich. Die Verwaltung in Deutschland sei aufgrund der Komplexität der Gesetzgebung überfordert und kaum noch funktionsfähig. Man dürfe nicht immer nur nach Fehlerfreiheit streben, sondern müsse mehr Pragmatismus wagen.

„Wir müssen die Gesetzgebung nicht mehr auf Gerechtigkeit, sondern auf Ausführbarkeit optimieren“, fordert Birnbaum. Die oberste Maxime müsse sein, dass man Gesetze möglichst leicht umsetzen könne. Dafür dürften sie nicht ständig mit weiteren Erwägungen überfrachtet werden. Mehr Investitionen erfolgten nur dann, wenn Bürokratie handhabbarer werde. Auch sollten deutlich weniger Gesetze verabschiedet werden und bestenfalls nur noch solche, die Deutschland hinsichtlich der Transformation und seiner Wettbewerbsfähigkeit voranbringen würden.



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld
*Direktor des Walter Eucken Instituts,
Sprecher des Kronberger Kreises*

„Die Einführung eines Industriestrompreises wäre sowohl aus finanziellen Gründen als auch im Hinblick auf eine rationale Klimapolitik falsch“, konstatiert Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld. Der Direktor des Walter Eucken Instituts und Sprecher des Kronberger Kreises, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, erläutert, dass ein Industriestrompreis keine Investition darstelle, wie oftmals behauptet, sondern eine Subvention. Nach ersten groben Schätzungen koste der Industriestrompreis den Staat bzw. seine Steuerzahler bis zu 30 Milliarden Euro. Es sei aber nicht abzusehen, dass die Energiepreise in den kommenden fünf Jahren merklich sinken würden. Dann könne der Industriestrompreis schnell zu einer Dauersubvention werden.

Die Subventionierung des Energieverbrauchs sei zudem kontraproduktiv für die Einsparung von Treibhausgasemissionen. Das wichtigste Instrument für den Klimaschutz sei die CO₂-Bepreisung. Energie müsse durch höhere CO₂-Preise teurer werden, um richtige Anreize für Innovationen zu setzen. Sozialer Ausgleich könne über ein Klimageld erfolgen. Wenn aber der Staat über Subventionen die Mehrkosten für große Stromkunden übernehme, müssten die kleinen und mittleren Unternehmen und private Haushalte die zusätzliche Last tragen, was wiederum den politischen Druck erhöhe, bei der CO₂-Bepreisung nachzulassen. „Ich würde vom Industriestrompreis die Finger lassen, denn am Ende bezahlt das der Mittelstand und dem Klimaschutz erweisen wir einen Bärendienst“, argumentiert Feld.

Hinzu komme, dass in einem Umfeld hoher Inflation keine expansive, sondern eine restriktive Finanzpolitik angezeigt sei. Staatliche Ausgaben müssten überprüft und reduziert werden. Eine expansive Finanzpolitik hingegen dürfte die Inflationserwartungen erhöhen, was wiederum die EZB dazu veranlassen könnte, im Rahmen ihrer Geldpolitik die Zinsen weiter zu erhöhen. Dies würde die Konjunktur zusätzlich trüben. Die deutsche Wirtschaft befinde sich bereits in der Stagflation. Eine solche Situation erforde-

re vor allem strukturelle Reformen und keine konjunkturellen Finanzspritzen.

„Wenn wir wirklich etwas erreichen wollen in diesem Land, dann schaffen wir das nicht, indem wir eine Interventionsspirale auslösen“, mahnt Feld. Es sei keine vernünftige Politik, durch Angebotsverknappung und Regulierung vieles teurer zu machen, um im nächsten Schritt, sobald es schmerzhaft werde, neue Subventionen auszurufen. Stattdessen sei es an der Zeit, die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft strukturell zu verbessern. Dies habe die Politik über viele Jahre sträflich vernachlässigt. Deutschland lebe zu sehr von seiner Substanz, die Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft würden seit Jahren leiden.

Die deutsche Wirtschaft werde nicht nur durch hohe Energiekosten belastet, sondern auch durch übermäßige Regulierung, Steuerbelastungen sowie Arbeits- und Sozialkosten. Herr Birnbaum habe eindrucksvoll illustriert, dass die zunehmende Komplexität der Gesetze die Verwaltung überfordere und den Infrastrukturaufbau bremse. Der stets angekündigte Bürokratieabbau müsse endlich umgesetzt werden. Dabei sei auch die Verwaltung technisch gut aufzustellen, wobei insbesondere die Länder in der Verantwortung stünden. Die Digitalisierung auf Länderebene komme jedoch erschreckend langsam voran. Digitalisierung sei zu 50 Prozent Umorganisation von Prozessen. Vor allem im öffentlichen Dienst stoße man immer wieder auf erhebliche Beharrungskräfte. Dies sei nicht länger hinnehmbar.

„Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken, wünsche ich mir vor allem eine sinnvollere Innovationspolitik, die es einerseits schafft, die regulatorischen Hemmnisse für Innovatoren abzubauen und andererseits im steuerlichen Bereich den Übergang zur Finanzierungsneutralität herstellt“, resümiert Feld. Dies würde insbesondere jungen, schnell wachsenden Unternehmen, die kaum Fremdkapital erhalten oder auf einbehaltene Gewinne zurückgreifen können, einen besseren Zugang zu Eigenkapital eröffnen.



Dr. Elga Bartsch
Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik,
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

„Ich glaube nicht, dass wir die Herausforderungen, die der Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister vorhin dargelegt hat – wie etwa Klimatransformation und sozialer Zusammenhalt – bewältigen können, indem wir uns über Spitzen- oder Unternehmensteuersätze streiten“, stellt Dr. Elga Bartsch eingangs ihres Statements in der Podiumsdiskussion fest. Steuersätze spielten bei Standortentscheidungen zwar durchaus eine wichtige Rolle und natürlich könne man sich grundsätzlich über Steuersysteme Gedanken machen, „aber mir scheint, dass das aktuell nicht das drängendste Thema ist“, konstatiert Bartsch.

Es sei vielmehr entscheidend, mit einem zügigen Ausbau erneuerbarer Energien die Basis für günstigen Strom zu verbreitern. Deutschland sei Teil des Europäischen Energiebinnenmarktes, aber das bedeute nicht, dass man hierzulande nicht die erneuerbaren Energien massiv vorantreiben müsse. Es seien vonseiten der Bundesregierung dafür eine Menge Initiativen auf den Weg gebracht worden. Die Länder seien beim Ausbau ebenfalls gefordert. Zudem gelte es, Mitnahmeeffekte und unnötige Bürokratie zu begrenzen und klimaschädliche Subventionen abzubauen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. In der Vergangenheit habe ein übermäßiger Einfluss von Partikularinteressen dazu beigetragen, dass es zum Teil sehr spezifische Maßnahmen, Regeln, Ausnahmen sowie Sondertatbestände gebe, die zu immer mehr Bürokratie führten.

Die sogenannte „Deutschlandgeschwindigkeit“ breite sich aus und die Energieversorgung werde jenseits der akuten Krisenbewältigung diversifiziert. Aufgrund des beherzten Eingreifens der Bundesregierung habe man in der Energiekrise schnell verschiedene alternative Energieformen bereitstellen können. Drei Entlastungspakete sowie die Einführung von Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme hätten zu einer merklichen Dämpfung der gestiegenen Energiekosten geführt. „Dass wir nicht alles Geld verausgabt haben, ist eine gute Entwicklung; genauso wie die Tatsache, dass

wir mit sehr hohen Gasspeicherfüllständen aus dem Winter herausgekommen sind“, erläutert die Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Nun gelte es, diese Kapazitäten dauerhaft sicherzustellen.

Darüber hinaus müsse es darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der deutschen Wirtschaft zu erhöhen. Der Fach- und Arbeitskräftemangel habe negative Rückwirkungen auf die Wertschöpfung und die Produktivität, er lasse sich aber nicht von heute auf morgen beheben. Daher müssten auch Themen wie Digitalisierung und Automatisierung vorangetrieben werden. „Wenn ich mir vor Augen führe, dass vor wenigen Jahren noch große Sorgen aufkamen, dass Automatisierung zu Massenarbeitslosigkeit führt und dass auf unseren Autobahnen demnächst führerlose Lastwagen fahren und wir überhaupt nicht wissen, wohin mit den vielen LKW-Fahrern, bitte ich darum, einen Schritt zurückzutun und zu überlegen, ob wir jetzt nicht wieder Entwicklungen gedanklich vorschnell fortschreiben. In der Regel unterschätzen wir die Anpassungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft – und einer künftig sozial-ökologischen Marktwirtschaft.“

Die sozial-ökologische Marktwirtschaft sei das Konzept für die Transformation hin zur Klimaneutralität. Dabei sei es zentral, mehr Dynamik auf den Märkten zu entfalten und den Wettbewerb zu stärken. Die jüngsten Novellen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), dem sogenannten Grundgesetz der Marktwirtschaft, hätten diesbezüglich einen sehr wichtigen Beitrag geleistet. Insbesondere in hochgradig vermachteten Sektoren und Märkten hätten Unternehmen ihre guten Ideen oftmals nicht umsetzen können. Das überarbeitete GWB würde den Marktzugang für neue, innovative Unternehmen – insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen – grundsätzlich erleichtern, damit sich diese mit ihren Ideen schneller am Markt durchsetzen könnten.



Lennard Oehl MdB
*Ordentliches Mitglied im Finanzausschuss,
SPD-Bundestagsfraktion*

„Vor dem Hintergrund, dass wir in den vergangenen Jahren aufgrund verschiedenster Krisen enorme Staatsausgaben getätigt haben, sollte die Debatte in der Bundesregierung über eine einmalige Vermögensabgabe fortgeführt werden“, sagt Lennard Oehl MdB von der SPD-Bundestagsfraktion. Es ginge nicht darum, den Mittelstand zu belasten, sondern nur diejenigen, denen man eine höhere Belastung durchaus zumuten könne.

„Die Reichsten der Reichen sollten einen gerechten zusätzlichen Beitrag zur Bewältigung und Tilgung der Krisenlasten beisteuern“, befindet Oehl, der Ordentliches Mitglied im Finanzausschuss des Bundestages ist. Eine gerechtere Lastenteilung sei dringend notwendig. Es sei beispielsweise Fakt, dass hohe Erbschaften im Durchschnitt niedriger besteuert würden als kleine Erbschaften. Mit Blick auf das Thema Steuergerechtigkeit könne das kein haltbarer Zustand sein. Selbst wenn dadurch Betriebsvermögen in der Substanz besteuert werde, sei die Idee einer einmaligen Vermögensabgabe richtig. Schließlich könne man in solchen Fällen darüber nachdenken, Stundungsmöglichkeiten einzuräumen und die Leistung der Vermögensabgabe über einen längeren Zeitraum zu strecken.

Eine große Herausforderung für die deutsche Wirtschaft stelle außerdem der Fachkräftemangel dar. Der Fachkräftemangel dürfe nicht zur Wohlstandsbremse werden und die soziale Sicherheit gefährden. Daher habe die Bundesregierung nun einen konkreten Entwurf für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz vorgelegt, der das bestehende Zuwanderungsgesetz modernisiere. Damit werde erstmals die Einwanderung in den Arbeitsmarkt nicht nur für Hochqualifizierte, sondern für alle Fachkräfte mit Berufsausbildung geöffnet und effektiv gesteuert. „Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz lösen wir konkrete Probleme“, erläutert Oehl. Beispielsweise komme es oft vor, dass ausländische Fachkräfte lange in ihren Heimatländern auf die Anerkennung ihres Berufsabschlusses warten müssten und

solange nicht in Deutschland arbeiten dürften, obwohl sie in Deutschland bereits einen Arbeitsvertrag hätten.

Es gehe insgesamt darum, verschiedene Formen von Einwanderung zu steuern. Zunächst beträfe dies die qualifizierten Fachkräfte, aber auch Menschen, die keinen anerkannten Berufsabschluss besäßen, aber dennoch eine gewisse Berufserfahrung und Motivation zu Arbeiten mitbrächten. Diese Menschen kämen trotz der angeblich zu hohen Steuer- und Abgabenlast nach Deutschland – auch weil sie hier eine gewisse Infrastruktur zu schätzen wüssten, so Oehl.

Weitere Baustellen sehe er weiterhin aufseiten der Länder, die für die Ausstattung der Ausländerbehörden zuständig seien. Es sei problematisch, wenn eine Ausländerbehörde in einem Bundesland vollständig digitalisiert sei und das andere Bundesland noch mit Fax und Kopierer arbeite. „Das sind Probleme, die wir auf Bundesebene nicht lösen können. Die Verantwortung liegt hierbei eindeutig bei den Ländern“, sagt Oehl.

Darüber hinaus müsse Deutschland der Wirtschaft bessere Finanzierungsmöglichkeiten bieten. „Wir haben in Deutschland einen sehr unterrepräsentierten Kapitalmarkt. Wenn wir sehen, was an Innovationen finanziert werden muss im Start-up-Bereich und in der Industrie, dann fehlen uns in Deutschland und Europa einfach die Möglichkeiten“, mahnt Oehl. Dies sehe man an konkreten Beispielen wie dem Familienunternehmen Viessmann, das sich einen amerikanischen Partner gesucht und sein Kerngeschäft an das US-Unternehmen Carrier Global verkauft habe. Auch das Mainzer Biopharmazie-Unternehmen BioNTech sei in den USA an die Börse gegangen, anstatt in Frankfurt oder an einem anderen europäischen Finanzplatz. Hier gebe es großen Aufholbedarf. Wenn es gelingen würde, den Kapitalmarkt in Deutschland zu stärken, würde dies einen großen Beitrag zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes leisten, um Innovation und Transformation besser zu finanzieren.



Jens Spahn MdB
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Bereiche Wirtschaft, Klima, Energie, Mittelstand und Tourismus

„Wir haben ein Standortthema in Deutschland. Es werden jeden Tag Standortentscheidungen gegen Deutschland getroffen. Wir verlieren Jobs und Zukunftsfähigkeit“, konstatiert Jens Spahn MdB. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion räumt ein, dass auch die Unionsfraktion in den letzten Jahren in Regierungsverantwortung steuerpolitisch kaum noch gestalterisch unterwegs gewesen sei. Dies werde sich nun ändern. „Wir wollen die hart arbeitende Mitte massiv entlasten und daher den Einkommensteuertarif spürbar abflachen“, erläutert Spahn. Die jetzige Situation sei leistungshemmend, da der Spitzensteuersatz zu früh greife. Darum müsse der Schwellenwert deutlich angehoben werden. Zudem gelte es, den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen. Dieser könne beispielsweise bei höheren Einkommen in die Einkommensteuer integriert werden, um für eine gewisse Gegenfinanzierung zu sorgen. Die CDU arbeite an einem breiten Steuerkonzept, das neben Änderungen bei der Einkommensteuer auch Reformen bei der Erbschaft- und Unternehmensteuer vorsehe, um hier für mehr Klarheit und Entlastung zu sorgen.

„Was wir insgesamt brauchen, ist eine Renaissance der Angebotspolitik und eine Gesamtstrategie für mehr Wettbewerbsfähigkeit“, fordert Spahn. Vor 20 Jahren habe man in der EU den wettbewerbsfähigsten Raum der Welt schaffen wollen. Dies sei nicht nur missglückt, sondern Europa habe sogar an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und China eingebüßt. Dies habe auch mit einem veränderten Verständnis dieser beiden Staaten von einem offenen Welthandel zu tun. Hier müsse Europa wichtige Debatten führen, wie es Souveränität in bestimmten Sektoren erlangen wolle. Zudem habe Deutschland ein riesiges Produktivitätsproblem. Es gebe so viele Beschäftigte wie nie zuvor, die Wirtschaftsleistung sei aber dennoch kaum gestiegen. „Wir werden jetzt Milliarden und Abermilliarden ausgeben, um die Wirtschaft zu transformieren, dieses Geld wird aber nicht die Produktivität erhöhen. Wenn wir die Kohleerstro-

mung durch Windstrom ersetzen, dann mag das aus Klimaschutzgründen richtig sein, es erhöht aber nicht die nationale Wohlfahrt und Produktivität“, mahnt Spahn.

Bei der Energiepolitik der Bundesregierung laufe einiges falsch, da sich vieles nur um Angebotsverknappung, Verbote und Subventionen drehe. In einer Zeit hoher Energiepreise sei die Angebotsausweitung das marktwirtschaftliche Gebot der Stunde. Alles, was Strom produziere, müsse ans Netz, um die Preise zu stabilisieren – dies schließe Kernkraft mit ein. Um die Energiepreise zu senken, müssten außerdem die Stromsteuer und die Netzentgelte reduziert werden, fordert Spahn. Dann brauche man auch keinen staatlich subventionierten Industriestrompreis.

„Was ist transformative Angebotspolitik? Ich weiß es immer noch nicht und ich sehe jenseits der schönen Überschrift keinen Gesamtansatz“, moniert Spahn. Deutschland habe ein Angebots- und kein Nachfrageproblem, aber die Bundesregierung reagiere ständig, als müsse sie die Nachfrage stützen. Die erforderliche Gesamtschau zur Angebotsproblematik erhalte er aber nicht aus dem Wirtschaftsministerium, sondern bislang nur aus dem Finanzministerium, das im Übrigen einen Industriestrompreis ablehne. Dies sei sinnbildlich für den anhaltenden Streit in der Bundesregierung. In Zeiten wie diesen brauche es aber Führung, die der Bundeskanzler vermissen lasse. Er habe selbst Erfahrungen mit Koalitionen, in denen gelegentlich gestritten worden sei. In Krisen habe man das dennoch anders hinbekommen. Die Koalitionspartner hätten sich zusammengerauft und die Dinge geschlossen durchgestanden. Die aktuelle Bundesregierung müsse endlich Einheitlichkeit herstellen. Von der Moderatorin Dr. Michler darauf angesprochen, welche konkreten Vorhaben Deutschland dringend vorantreiben müsse, antwortet Spahn: „Kernkraftwerke einschalten, Rente mit 63 abschaffen, Verbandsklagerecht streichen, Super-Abschreibungen einführen – wenn die Bundesregierung das nicht macht, erledigen wir das in der nächsten Legislaturperiode.“



Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text:
Dr. Jörg König
koenig@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Dirk Hasskarl